

13.08.2009 / Titel / Seite 1

## Löhne auf Talfahrt

*Ralf Wurzbacher*

Die Reallöhne der abhängig Beschäftigten in Deutschland sind seit 2004 deutlich gesunken. So lautet das zentrale Ergebnis einer aktuellen Analyse, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin am Mittwoch in seinem aktuellen Wochenbericht veröffentlicht hat. Im Gegensatz dazu seien die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und aus Kapitalvermögen im selben Zeitraum »kräftig gestiegen«, schreibt Karl Brenke, Autor der Studie und wissenschaftlicher Referent im DIW-Vorstand.

Den langjährigen Schwund bei den Arbeitsentgelten bezeichnet er als »eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung«. Nie zuvor sei ein »durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre« einhergegangen. Gemäß DIW-Befunden sind die Reallöhne in den alten Bundesländern bereits seit Anfang der 1990er Jahre »tendenziell auf Talfahrt«, im gesamtdeutschen Mittel wären sie über Jahre »kaum gestiegen«. Zwischen 2004 und 2008 gingen sie dann sogar fünf Jahre in Folge zurück. Der Anteil der Löhne am sogenannten Volkseinkommen liegt mittlerweile auf einem Rekordtief von 61 Prozent.

Als Erklärung verweist Brenke unter anderem auf die Rolle der Gewerkschaften, deren Verhandlungsmacht »offensichtlich« nachgelassen habe. Möglicherweise falle es diesen auch schwerer, »die Arbeitnehmer für höhere Lohnabschlüsse zu mobilisieren«. Dabei spielten Faktoren wie der »Trend zu den Dienstleistungen und vielleicht die Abkehr von großen Teilen der Bevölkerung von Großorganisationen eine Rolle«. Auf die von den Gewerkschaften lange Zeit praktizierte Tarifpolitik der moderaten Lohnabschlüsse als Gegenleistung für Arbeitsplatzzerhalt geht die Studie nicht ein.

Ein mögliche Mitschuld streitet man beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) allerdings ab. »Wir versuchen immer, den Rahmen auszuschöpfen, der möglich ist, und dabei sind auch der Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen ein wichtiger Faktor«, äußerte sich gestern der DGB-Tarifexperte Reinhard Dombre gegenüber junge Welt. Der Gewerkschafter verwies zudem auf die »Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die immer Menschen dazu zwingen, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen«.

Als »Teil der sozialdemokratischen Regierungsbilanz« brandmarkte auch die Linksfraktion im Bundestag die vorgelegten Zahlen. Der stellvertretende Fraktionschef Klaus Ernst kommentierte: »Das ist der Grund, warum die Menschen die Jobversprechen von Frank-Walter Steinmeier nicht glauben. Mit der Regierungszeit der SPD verbinden sie Lohnkürzungen und Sozialabbau.« Die Handschrift der SPD-Regenten zeigt sich insbesondere bei den sogenannten Lohnnebenkosten. Laut DIW stagnieren die von den Unternehmen gezahlten Sozialabgaben seit 2003, während die Steuer- und Abgabenlast auf seiten der Beschäftigten stetig zunahm.

Im europäischen Maßstab ist Deutschland sogar Schlußlicht bei der Lohnentwicklung. Nach Berechnungen des europäischen Statistikamtes Eurostat sind die realen Entgelte pro Beschäftigtem hierzulande um neun Prozent eingebrochen. Dagegen legten Länder wie Großbritannien, Dänemark und Finnland im zweistelligen Bereich zu, an der Spitze Irland mit fast 24 Prozent, dicht gefolgt von Griechenland. Im Kreis der EU-Staaten gehören nur noch die Beschäftigten in Österreich, Portugal, Italien und Spanien zu den Verlierern im Verteilungskampf.